

Der US-Amerikaner Todd Howland vertritt den UN-Menschenrechtskommissar in Kolumbien. In einem Beitrag für das Magazin SEMANA nimmt er Stellung zu den Schwerpunkten des Friedensvertrags zwischen Regierung und FARC:

Die Opfer und die Verhinderung erneuter Verletzungen des humanitären Rechts stehen im Mittelpunkt des Friedensprozesses (28.02.2017)

Das Schlussabkommen zwischen Regierung und FARC ist in dieser Beziehung sehr innovativ. Das Wichtigste in einem Friedensprozess ist es, den Opfern zu versichern, dass sie sich nicht mehr als Opfer betrachten. Und das heißt: Garantien, dass die Gewalt sich nicht wiederholt.

Ich bin heute besorgt, weil es noch immer mehr Opfer gibt. Ich bin aber trotzdem hoffnungsvoll, was mich zu diesem Artikel ermutigt, denn ich glaube, dass wir gemeinsam die Lage in Kolumbien ändern können.

Im November 2016 forderte ich vor dem Kongress der Republik in der Debatte über das Referendum zum Friedensvertrag, den Rechten der mehr als 8 Millionen direkt betroffenen Opfer Priorität zuzuerkennen.

Gleichwohl bestimmen politische Erwägungen und juristische Zugeständnisse für die Verursacher gegenwärtig die öffentliche Aufmerksamkeit und stehen im Vordergrund der Debatten, anstatt sich der Lage der 8 Millionen Opfer und der 2 Millionen Menschen zuzuwenden, die in den von der FARC verlassenen Regionen leben. Es ist erforderlich, dass die Gemeinschaften, die in diesen Gegenden leben, teilhaben am Prozess der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Inklusion im Land. Im letzten Quartal 2016 und in den ersten Monaten des Jahres 2017 verzeichnete man eine Zunahme von Tötungsdelikten in den Zonen, aus denen die FARC abzog.

Das Problem, dass wir heute mehr Morde an Führern sozialer Bewegungen zu verzeichnen haben, könnte zwei Gründe haben: Die Unfähigkeit des Staates, in Zonen reale Präsenz zu zeigen, die zuvor von der FARC kontrolliert wurden und die Tatsache, dass mehrere Teile des Schlussabkommens noch nicht umgesetzt wurden, die dazu beitragen können, illegale Wirtschaftsaktivitäten zu beenden. Sich der genannten Probleme anzunehmen dauert seine Zeit, und das ist das große Hindernis, dem die Regierung aktuell gegenübersteht.

Während der illegale Pflanzenanbau und der illegale Bergbau in diesen Zonen weiterbestehen, tauchen kriminelle Gruppen auf und kämpfen um die Ausbeutung, die Kontrolle und die Gewinne aus der illegalen Wirtschaft. Sind diese Gruppen in diesen Territorien erst einmal etabliert, wird es für die Regierung sehr schwer, die Gebiete zurückzugewinnen. Die Menschen, die dort leben, werden erneut leiden und Gewalt zu ertragen haben.

Große Teile des Staatswesens haben großes Interesse daran, die Vereinbarungen über die Substitution illegalen Pflanzenanbaus zügig voranzutreiben und Tausende Personen und örtliche Gemeinschaften wollen dabei mit der Regierung zusammenarbeiten.

Dies ist eine einmalige Chance, die humanitären Menschenrechte im Land voranzubringen. Aber der Eifer des Staates, die Beseitigung der Pflanzungen zu betreiben, kann allein nicht das Problem lösen und kann massive soziale Konflikte auslösen.

Zurzeit herrscht beim Staat Inkohärenz, weil einige Teile Vereinbarungen zur Substitution schließen, während andere die direkte Vernichtung der illegalen Kulturen betreiben. Es ist daher wichtig, Zonen festzulegen, in denen direkte Beseitigung in koordinierter Form betrieben werden soll auf der Grundlage einer gemeinsamen Vision aller Behörden. Andererseits gibt es Schwierigkeiten darüber, wie man sich die Umsetzung des Abkommens im Bereich der Justiz unter Einhaltung internationaler Standards vorzustellen hat.

Ginge es danach, hätte Kolumbien bereits drei Gesetze verabschieden müssen. Eines, um solche Angehörigen der FARC freizulassen, die Delikte verübten, welche unter die Amnestie fallen (z.B.

Rebellion), ein anderes für Personen, seien sie Mitglieder der FARC oder der Staatsmacht, die sich Verbrechen der Verletzung humanitären Rechts schuldig gemacht haben und die sich der Übergangsjustiz unterwerfen und ein weiteres Gesetz über die Behandlung von Führern sozialer Bewegungen, denen Delikte vorgeworfen werden, ohne dass sie der FARC angehörten.

Gleichwohl hat Kolumbien sich entschieden für einen rechtlichen Rahmen, der juristische Verfahren und Vergünstigungen auf eine Weise vermischt, dass am Schluss alle, die Verbrechen begangen haben, in irgendeiner Weise Vorteile erlangen, ohne dass größere Bedingungen dafür gestellt würden.

Nach internationalen Standards, die Kolumbien sich durch Unterzeichnung und Ratifizierung zu eigen gemacht hat, muss das Land die daraus rührenden Verpflichtungen erfüllen, unabhängig davon, ob auf lokaler Ebene Vereinbarungen getroffen werden, um der Bestrafung wegen Verbrechen gegen die Humanität zu entgehen.

Die internationalen Vereinbarungen müssen Verfassungsrang erhalten, und sie müssen über der nationalen Gesetzgebung stehen.

Zum anderen haben die Opfer weiterhin Angst und Zeugen wollen nicht aussagen, solange keine Klarheit über das System der Wahrheitsfindung, der Justiz, der Entschädigungen und der Garantien der Sicherheit vor Wiederholung besteht. In den Zonen, wo Gewalt herrscht, muss Sozialarbeit geleistet werden.

Wenn die wichtigsten Ziele des Schlussabkommens die Opfer und den Schutz vor der Wiederholung der Gewalttaten sein sollen, dann müssen die ersten Umsetzungsmaßnahmen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Inklusion der Menschen dienen, die Opfer des Konflikts waren und nicht derjenigen, die sie zu Opfern gemacht haben.

Kolumbien hat noch immer die Chance zu erreichen, dass die Opfer und die Nichtwiederholung der Gewalttaten in der Praxis im Mittelpunkt des Friedens stehen. Dieses Ziel erfordert Synergie innerhalb des Staatswesens und eine völlig neuartige Zusammenarbeit mit den Kirchen, der Privatwirtschaft, dem akademischen Bereich und der gesamten Zivilgesellschaft.